Sozialversicherungsgericht
des Kantons Zürich

Rechenschaftsbericht
2004

Das Sozialversicherungsgericht des Kantons Zürich erstattet dem Kantonsrat des Eidgenössischen Standes Zürich hiermit gemäss § 1 Abs. 3 des Gesetzes über das Sozialversicherungsgericht vom 7. März 1993 seinen zehnten Rechenschaftsbericht.

Winterthur, den 5. April 2005

SOZIALVERSICHERUNGSGERICHT
DES KANTONS ZÜRICH

Der Präsident
Dr. Thomas Faesi

Der Generalsekretär
Dr. Robert Schnetzer

Inhalt

Das zehnte Berichtsjahr

		Seite
1.	**Überblick**	**7**
1.1	Aktuelle Standortbestimmung	7
1.2	Prozessdauer	9
1.3	Schwergewicht der Tätigkeit	10
2.	**Aus Plenum und Geschäftsleitung**	**11**
2.1	Organisation	11
2.2	Rücktritt von Sozialversicherungsrichter Christian Zünd	12
2.3	Revision des Gesetzes über das Sozialversicherungsgericht	12
2.4	Schulung und Weiterbildung	13
3.	**Rechtsprechung**	**15**
4.	**Gemeinsame Justizverwaltung der obersten kantonalen Gerichte**	**17**
5.	**Personelles**	**19**
5.1	Auslastung Stellenplan	19
5.2	Funktionsgruppen / Zusammensetzung / Beschäftigungsumfang	19
5.3	Belegschaft	20

6. Sachliche Zuständigkeit 25

6.1 Zuständigkeit des Sozialversicherungsgerichts 25

6.2 Zuständigkeit des Schiedsgerichts 26

7. Statistische Übersichten 27

7.1 Sozialversicherungsgericht 27

7.2 Schiedsgericht in Sozialversicherungsstreitigkeiten 31

Abkürzungen 33

Das zehnte Betriebsjahr

1. Überblick

1.1 Aktuelle Standortbestimmung

Das am 1. Januar 2003 in Kraft getretene Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG) hatte erwartungsgemäss zur Folge, dass die Anzahl neu eingehender Beschwerden im Jahre 2003 im Gegensatz zu den Vorjahren stark zurückgegangen war. Im vorjährigen Rechenschaftsbericht 2003 wurde gleichzeitig aber auch darauf hingewiesen, dass wiederum ein Anstieg der Eingänge zu erwarten sein werde, sobald die ersten Fälle das Einspracheverfahren des ATSG durchlaufen hätten und an das Sozialversicherungsgericht weitergezogen würden. Die Statistik des Berichtsjahres 2004 hat diese Prognose in aller Deutlichkeit bestätigt: Es wurden 2'585 Neueingänge verzeichnet, was gegenüber dem Vorjahr mit 1'751 Neueingängen einer Zunahme von 47.6 % entspricht.

Auf jene Rechtsgebiete beschränkt, die auf Grund der Anzahl zu behandelnder Fälle wesentlich ins Gewicht fallen, zeigt sich in den Jahren 2002 bis 2004 folgende Entwicklung der Eingänge:

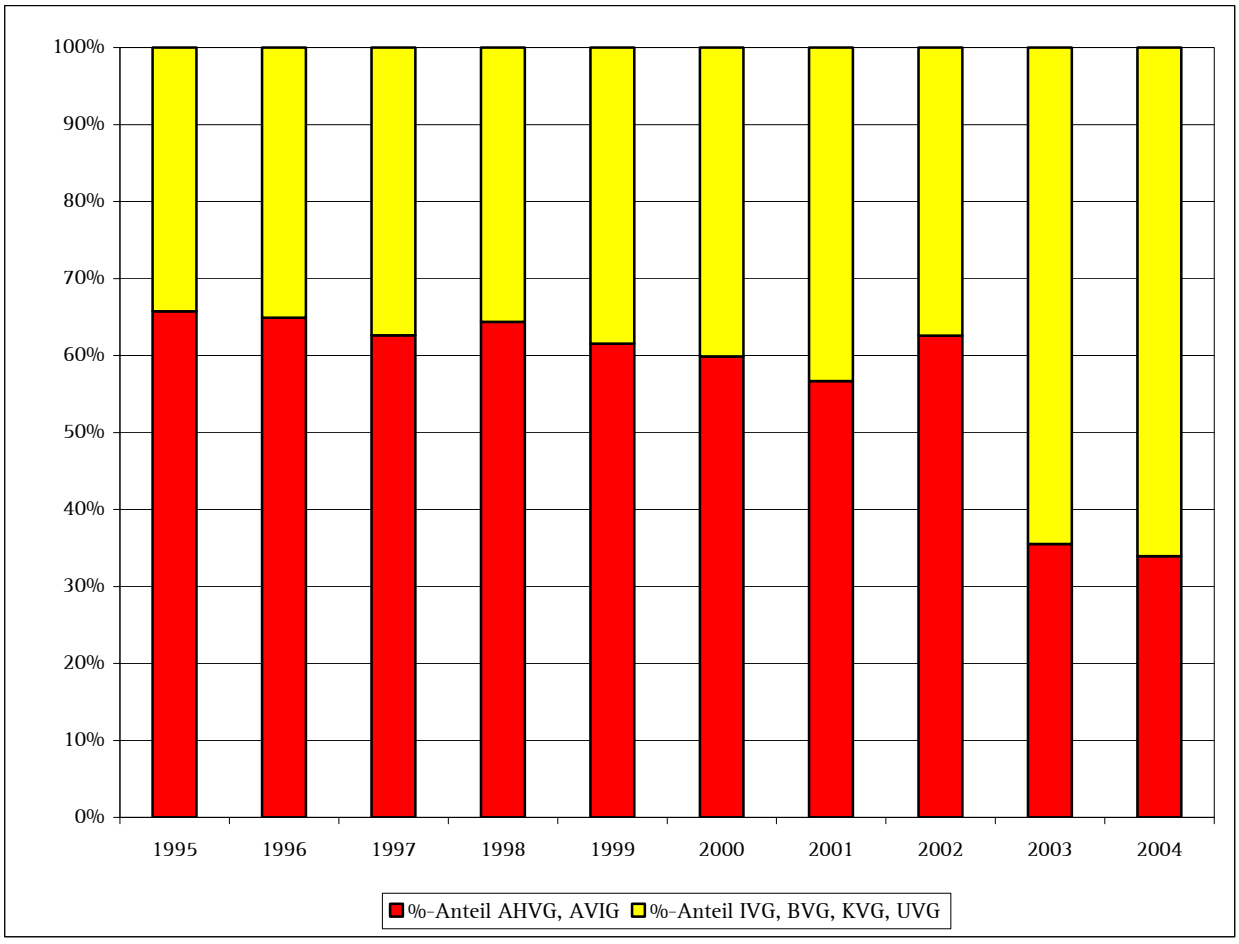
Entwicklung der Eingänge 2002 bis 2004 in den Rechtsgebieten Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG), Arbeitslosenversicherung (AVIG), Invalidenversicherung (IVG), berufliche Vorsorge (BVG), Krankenversicherung (KVG) und Unfallversicherung (UVG)

	2002	2003 (Inkrafttreten ATSG)	Entwicklung 2003 zu 2002	**2004**	Entwicklung 2004 zu 2003	**Entwicklung 2004 zu 2002**
AHVG	**704**	220	- 68.8 %	**228**	+ 3.6 %	**- 67.6 %**
AVIG	**1'322**	380	- 71.3 %	**616**	+ 62.1 %	**- 53.4 %**
IVG	**755**	544	- 27.9 %	**966**	+ 77.6 %	**+ 27.9 %**
BVG	**127**	159	+ 25.2 %	**182**	+ 14.5 %	**+ 43.3 %**
KVG	**137**	119	- 13.1 %	**158**	+ 32.8 %	**+ 15.3 %**
UVG	**192**	267	+ 39.1 %	**337**	+ 26.2 %	**+ 75.5 %**

Abgesehen von der signifikanten Zunahme in der Bereichen IVG, BVG, KVG und UVG innerhalb von nur zwei Jahren hat sich vor allem die Verteilung der Neueingänge auf die einzelnen Rechtsgebiete massgeblich verändert. Während in den Jahren bis Ende 2002

die neu eingehenden Verfahren in den Bereichen AHVG und AVIG insgesamt über 60 % der Neueingänge ausgemacht hatten, ist dieser Anteil im Jahre 2003 auf 36 %, im Berichtsjahr 2004 auf 34 % gesunken. Gleichzeitig ist der Anteil der Neueingänge in den Bereichen IVG, BVG, KVG und UVG insgesamt von früher zwischen 30 % und 40 % auf nunmehr 60 % bis 70 % angestiegen, wie die nachstehende Grafik zeigt:

Prozentuale Verteilung der Neueingänge auf die Bereiche AHVG und AVIG einerseits sowie auf die Bereiche IVG, BVG, KVG und UVG andererseits



Gleichzeitig hat sich ein bereits früher festgestellter Trend verfestigt: Der Anteil formeller Erledigungen (vor allem durch Rückzüge, Gegenstandslosigkeit und Nichteintreten, vorwiegend in den Bereichen AHVG und AVIG) sinkt weiter, der Anteil materiell zu entscheidender Fälle steigt. Der durchschnittliche Anteil materieller Erledigungen betrug im Berichtsjahr 79 %. Im Vorjahr lag er bei 76 %, im Durchschnitt der Jahre 1995 bis 2002 bei 66 %.

Mit ein Grund für den seit 2003 spürbar ansteigenden Anteil materieller Erledigungen ist die Tatsache, dass die klaren Fälle und (bzw. oder) solche mit geringem Streitwert bereits im ATSG-Einspracheverfahren bei den Vorinstanzen endgültig erledigt werden können. Dies bedeutet aber andererseits, dass die Weiterzüge an das Sozialversicherungsgericht vermehrt Verfahren betreffen, die hinsichtlich Sachverhalt und rechtlicher Würdigung bedeutend umfangreicher, komplexer, anspruchsvoller und in ihrer Behandlung sichtlich zeitaufwändiger geworden sind.

Die Folgen dieser Entwicklung sind in zweifacher Hinsicht bedeutsam:

- *Ansteigen der Pendenzen:* Da seit 1999 die Anzahl der jährlichen Erledigungen stets höher gewesen war als die Anzahl neu eingehender Beschwerden, konnten die Pendenzen am Sozialversicherungsgericht bis Ende 2003 auf den bisherigen Tiefststand von 1'181 Fällen abgebaut werden. Im Berichtsjahr hingegen standen den aktuell 2'585 Eingängen aus den eben erwähnten Gründen lediglich 2'084 Erledigungen gegenüber, was die Anzahl Pendenzen auf 1'682 Fälle hat ansteigen lassen. Der Trend in den ersten Monaten des laufenden Jahres 2005 weist weiterhin nach oben.
- *Ansteigen der Fallkosten:* Werden im Sinne obiger Ausführungen sowie im Vergleich zu den Vorjahren weniger Fälle erledigt, und stagnieren gleichzeitig die infrastrukturellen Kosten (insbesondere die Personalkosten), werden gleichzeitig die Kosten für ein einzelnes Verfahren (jährlicher Gesamtetat dividiert durch die Anzahl der jährlichen Erledigungen) ansteigen.

Das Sozialversicherungsgericht wird alle erdenklichen Anstrengungen unternehmen, um beide Entwicklungen in einem vertretbaren Rahmen zu halten. Ein entsprechendes Massnahmenpaket, welches nicht nur einige Neuanstellungen im juristischen Sekretariat (im Voranschlag 2005 bereits vorgesehen), sondern auch eine Erhöhung der individuellen (quantitativen) Leistungsvorgaben vorsieht, wurde vom Plenum Ende des Berichtsjahres in die interne Vernehmlassung geschickt und sollte im Frühjahr 2005 in Kraft treten können.

1.2 Prozessdauer

Da im Berichtsjahr wiederum besonders darauf geachtet wurde, die älteren Fälle abzuarbeiten, konnte die durchschnittliche Prozessdauer trotz erwähntem Anstieg der Pendenzen dennoch um weitere 11 % von 8,4 Monaten im Vorjahr auf 7,5 Monate gesenkt werden.

1.3 Schwergewicht der Tätigkeit

Wie bereits im Vorjahresbericht erwähnt, hat sich das Sozialversicherungsgericht angesichts der ATSG-bedingt gesunkenen Geschäftslast im Jahre 2003 verschiedener gesamtgerichtlicher Aufgaben und Projekte angenommen, die im Berichtsjahr zu einem wesentlichen Teil erfolgreich haben abgeschlossen werden können. Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang vor allem der intensiv vorangetriebene weitere Ausbau einer neuen Wissensdatenbank, in welche nebst sämtlichen Entscheiden des Sozialversicherungsgerichts demnächst auch alle (internen) Dokumentationen überführt werden. Aber auch die zu besonderen prozessrechtlichen Themen erarbeiteten Dossiers (in Form von internen Anleitungen, Weisungen und Merkblättern) werden für die Zukunft eine massgebliche Erleichterung und eine zusätzliche verfahrensrechtliche Professionalisierung der juristischen Arbeit bedeuten.

2. Aus Plenum und Geschäftsleitung

2.1 Organisation

Zusammensetzung der Kammer:

I. Kammer	Vorsitz	Grünig Christine, Vizepräsidentin
	Mitglieder	Spitz Ueli, Vizepräsident
		Bürker-Pagani Rosanna
	Ersatzmitglied	Maurer Reiter Edith
II. Kammer	Vorsitz	Mosimann Hans-Jakob, Vizepräsident
	Mitglieder	Meyer Beat
		Pfiffner Rauber Brigitte
		Walser Hermann
	Ersatzmitglieder	Imhof Edgar
		Romero-Käser Irene
III. Kammer	Vorsitz	Faesi Thomas, Gerichtspräsident
	Mitglieder	Annaheim-Büttiker Esther
		Daubenmeyer Verena
	Ersatzmitglied	Condamin-Voney Gertrud
IV. Kammer	Vorsitz	Engler Urs, Vizepräsident
	Mitglieder	Weibel-Fuchs Rosetta
		Zünd Christian
	Ersatzmitglieder	Arnold Gramigna Christa
		Peter Roger

Leitendes Mitglied des angegliederten Schiedsgerichts	Engler Urs
Stellvertreterin	Pfiffner Rauber Brigitte

Die Geschäftsleitung des Sozialversicherungsgerichts bestand aus je einem Mitglied der vier Gerichtskammern.

Zusammensetzung der Geschäftsleitung:

Vorsitz	Faesi Thomas
Mitglieder	Engler Urs (ab 1. September 2004)
	Grünig Christine
	Walser Hermann
	Zünd Christian (bis 31. August 2004)

2.2 Rücktritt von Sozialversicherungsrichter Christian Zünd per 31.12.2004

Christian Zünd, Richter am Sozialversicherungsgericht seit Aufnahme des Gerichtsbetriebs per Januar 1995 und seinerzeit massgeblich am Aufbau des neuen Sozialversicherungsgerichts beteiligt, ist am 18. August 2004 vom Regierungsrat des Kantons Zürich zum neuen Generalsekretär der Direktion des Innern und der Justiz gewählt worden und hat dem Kantonsrat des Kantons Zürich seine Demission als Sozialversicherungsrichter per Ende 2004 eingereicht. Der Kantonsrat wählte in der Folge am 20. Dezember 2004 Robert Hurst zum neuen teilamtlichen Mitglied des Sozialversicherungsgerichts. Robert Hurst wird sein Amt am 1. April 2005 antreten.

2.3 Revision des Gesetzes über das Sozialversicherungsgericht

Nach mehrjähriger Erfahrung mit dem im Jahre 1999 eingeführten 4-Kammer-System hatte das Sozialversicherungsgericht eine umfassende Revision des Gesetzes über das Sozialversicherungsgericht vom 7. März 1993 an die Hand genommen (es wurde in früheren Rechenschaftsberichten bereits darüber orientiert). Die Gesetzgebungsarbeiten konnten im Berichtsjahr abgeschlossen werden und nach ungenutztem Ablauf der Referendumsfrist ist das revidierte Gesetz per 1. Januar 2005 in Kraft getreten. Wesentliche Neuerungen sind:

- die formelle Verankerung der bereits auf Anfang 1999 neu geschaffenen Geschäftsleitung (in Ablösung der früheren Verwaltungskommission) sowie die entsprechende Aufgaben- und Kompetenzverteilung zwischen Plenum und Geschäftsleitung
- die Einführung der Möglichkeit, in Ausnahmefällen auch teilamtliche Mitglieder des Sozialversicherungsgerichts mit jenen Kompetenzen auszustatten, die bisher nur den vollamtlichen Mitgliedern vorbehalten waren (Vorsitz im Spruchkörper, Kammervorsitz und Präsidium)

- die Überführung der verfahrensrechtlichen Bestimmungen über das Schiedsgericht in Sozialversicherungsstreitigkeiten von der Verordnungs- auf die Gesetzesstufe

Was im laufenden Jahr 2005 folgen wird, sind die entsprechenden Anpassungen der Verordnungen des Sozialversicherungsgerichts (Organisationsverordnung, Gebührenverordnung sowie Verordnung über das Schiedsgericht in Sozialversicherungsstreitigkeiten). Die Vorlagen sind im Berichtsjahr bereits erarbeitet worden und sollten nach Genehmigung durch den Zürcher Kantonsrat im Laufe des Jahres 2005 ebenfalls in Kraft treten können.

2.4 Schulung und Weiterbildung

In Ergänzung zu öffentlichen sozialversicherungsrechtlichen Fachtagungen und Weiterbildungsseminaren, welche vom (juristischen) Personal des Sozialversicherungsgerichts im Rahmen der für Weiterbildungszwecke zur Verfügung stehenden Mittel besucht werden konnten, haben im Berichtsjahr folgende interne Veranstaltungen stattgefunden:

- Informations-/Weiterbildungsveranstaltung zur 4. IVG-Revision (Referent: lic. iur. Reto von Steiger, Leiter der IV-Stelle der Sozialversicherungsanstalt des Kantons Zürich)
- Weiterbildungsveranstaltung über rheumatologische Fragestellungen im Bereich der Invaliden- und Unfallversicherung (Referent: Dr. med. Roland Rüdt, Chefarzt Rheumaklinik und Institut für Physiotherapie des Kantonsspitals Winterthur)
- Weiterbildungsveranstaltung über die bisherige Gerichtspraxis zum Personenfreizügigkeitsabkommen im Rahmen der bilateralen Verträge (Referent: Dr. iur. et lic. theol. Edgar Imhof, Ersatzrichter am Sozialversicherungsgericht des Kantons Zürich)
- Weiterbildungsveranstaltung zum Thema „Wirtschaftliche Hilfe – Schnittstellen zum Sozialversicherungsrecht“ (Referenten: Martin Gfeller und lic. iur. Silvia Schilter Gander, Departement Soziales der Stadt Winterthur)
- Weiterbildungsveranstaltung im Bereich der Zusatzversicherungen zur sozialen Krankenversicherung zum Thema „Untersuchungsmaxime im Verfahren gemäss Art. 47 Abs. 2 VAG“ (Referent: Dr. iur. Niccolò Raselli, Präsident der II. Zivilabteilung des Schweizerischen Bundesgerichts). An dieser Veranstaltung haben auch Mitarbeitende von Gerichten der Kantone Schaffhausen, Aargau, Solothurn und Baselland teilgenommen

3. Rechtsprechung

Unter der Internet-Adresse www.sozialversicherungsgericht.zh.ch stehen sämtliche Kollegialgerichtsentscheide und die wesentlichen Einzelrichterentscheide des Sozialversicherungsgerichts ab Januar 2003 zur Verfügung. Frühere Entscheide (bis und mit 2002) können unter den entsprechenden spezifischen Angaben beim Sozialversicherungsgericht bestellt werden.

4. Gemeinsame Justizverwaltung der obersten kantonalen Gerichte

Die Verwaltungskommission der obersten kantonalen Gerichte hat im Berichtsjahr insgesamt 4 Sitzungen abgehalten, der Plenarausschuss hat sich zu einer Sitzung getroffen. Hauptthemen waren dabei:

- Diverse Vernehmlassungen und Mitberichte zu Handen des Regierungsrates bzw. der entsprechenden Direktionen zu folgenden Themen:
  - zur vom Regierungsrat im Rahmen des Sanierungsprogramms 07 (ursprünglich) geplanten linearen Lohnkürzung beim Staatspersonal
  - zur Nachführung des Personalgesetzes (Kündigungs- und Abfindungsregelungen)
  - zur Einführung eines neuen Mitarbeiter/innen-Beurteilungssystems mit Zielvereinbarungen
  - zum Bericht der Finanzdirektion über das Projekt Lohnanalyse im Zusammenhang mit den regierungsrätlichen Bestrebungen zur Anpassung des aktuellen Lohnsystems
  - zu den Bestimmungen über die Ausgabenkompetenzen im Entwurf des Gesetzes über Controlling und Rechnungslegung (CRG)
  - zum Gesetz über die Information und den Datenschutz (IDG)
  - zur Teilrevision der BVK-Statuten
  - zur Änderung der Regelung betreffend Dienstaltersgeschenk
  - zur Neuregelung der Lunchcheck-Abgabe
  - zur Neuregelung der beschäftigungswirksamen Arbeitszeitmodelle
- Erlass einer ‚Verordnung der obersten Gerichte über die Nutzung von Internet und E-Mail' (Beschluss des gemeinsamen Plenarausschusses vom 8. Juni 2004)

Verwaltungskommission und Plenarausschuss der obersten kantonalen Gerichte wurden im Berichtsjahr präsidiert von Dr. Rainer Klopfer, Präsident des Obergerichts. Als Vizepräsident amtete Prof. Dr. Moritz Kuhn, Präsident des Kassationsgerichts.

Delegierte des Sozialversicherungsgerichts waren die folgenden Richterinnen und Richter:

In der Verwaltungskommission der Gerichte:

- Faesi Thomas

Im Plenarausschuss der Gerichte:

- Faesi Thomas
- Grünig Christine
- Pfiffner Rauber Brigitte
- Walser Hermann
- Zünd Christian

5. Personelles

5.1 Auslastung Stellenplan

- Gesamtgericht 103.7 % von 50 Vollstellen (2003: 108 %)
- Richter/innen 99.5 % von 9 Vollstellen (2003: 100 %)
- Jur. Sekretariat 105.6 % von 31 Vollstellen (2003: 113 %)
- Adm. Kanzlei 101.7 % von 10 Vollstellen (2003: 103 %)

5.2 Funktionsgruppen / Zusammensetzung / Beschäftigungsumfang

(in Klammern die Werte vom Vorjahr)

		Personen	in %		Personen	in %
Richter/innen	Weiblich	6 (6)	46 (46)	Vollzeit	5 (5)	38 (38)
Vollstellen: 8.96 (9)	Männlich	7 (7)	54 (54)	Teilzeit	8 (8)	62 (62)
	Total	13 (13)	100	Total	13 (13)	100
Ersatzrichter/innen	Weiblich	4 (4)	67 (67)	Vollzeit	0 (0)	0 (0)
Vollstellen: 1,6 (1,6)	Männlich	2 (2)	33 (33)	Teilzeit	6 (6)	100 (100)
	Total	6 (6)	100	Total	6 (6)	100
Juristisches Sekretariat	Weiblich	25 (25)	57 (54)	Vollzeit	18 (18)	41 (39)
Vollstellen: 32.7 (35.1)	Männlich	19 (21)	43 (46)	Teilzeit	26 (28)	59 (61)
	Total	44 (46)	100	Total	44 (46)	100
Administrative Kanzlei	Weiblich	15 (16)	100 (100)	Vollzeit	2 (2)	13 (12)
Vollstellen: 10,2 (10,5)	Männlich	0 (0)	0 (0)	Teilzeit	13 (14)	87 (88)
	Total	15 (16)	100	Total	15 (16)	100
Gesamt*	Weiblich	48 (49)	64 (63)	Vollzeit	25 (25)	33 (32)
Vollstellen**: 51.9 (54.6)	Männlich	27 (29)	36 (37)	Teilzeit	50 (53)	67 (68)
	Total	75 (78)	100	Total	75 (78)	100

** 3 Personen waren gleichzeitig als Ersatzrichter/innen und als juristische Sekretär/innen eingesetzt und sind deshalb im Gesamttotal nur ein Mal mitgezählt*

*** exkl. Ersatzrichter/innen*

5.3 Belegschaft

- **Richterinnen und Richter**

Ordentliche Mitglieder, gewählt vom Kantonsrat für die Amtsdauer 2001 bis 2007:

- Annaheim-Büttiker Esther, Dr. iur.
- Bürker-Pagani Rosanna, lic. iur.
- Daubenmeyer Verena, lic. iur.
- Faesi Thomas, Dr. iur.
- Engler Urs, lic. iur.
- Grünig Christine, lic. iur.
- Meyer Beat, lic. iur.
- Mosimann Hans-Jakob, Dr. iur.
- Pfiffner Rauber Brigitte, Dr. iur.
- Spitz Ueli, lic. iur.
- Walser Hermann, Dr. iur.
- Weibel-Fuchs Rosetta, lic. iur.
- Zünd Christian, Dr. iur. (bis 31.12.2004)

Ordentliche Ersatzmitglieder, gewählt vom Kantonsrat für die Amtsdauer 2001 bis 2007:

- Imhof Edgar, Dr. iur. et lic. theol.
- Peter Roger, Dr. iur.
- Romero-Käser Irene, lic. iur.

Ordentliche Ersatzmitglieder, gewählt vom Sozialversicherungsgericht für die Amtsdauer 2001 bis 2007:

- Arnold Gramigna Christa, lic. iur.
- Condamin-Voney Gertrud, lic. iur.
- Maurer Reiter Edith, lic. iur.

- **Generalsekretariat**

  Generalsekretär:

  - Schnetzer Robert, Dr. iur.

  Stellvertretende Generalsekretärin:

  - Palffy Stefanie, lic. iur.

  Adjunkt/Rechnungsführer/EDV-Koordinator:

  - Rüegg Dieter, lic. rer. publ.

  Bereichsverantwortlicher EDV-Applikationen:

  - Ernst Jörg, lic. iur.

  EDV-Support:

  - Pfenninger Sascha, Informatiker

  Wissenschaftliche Dokumentation/Bibliothek:

  - Büchel Harald, lic. iur., NDS IuD

- **Kammersekretär/innen**

  - Fehr Pascale, lic. iur.
  - Möckli Walter, lic. iur.
  - Peter Oliver, lic. iur.
  - Tanner Imfeld Monika, lic. iur.

- **Juristisches Sekretariat**

  - Bachmann Yvonne, lic. iur.
  - Bachofner Benjamin, lic. iur.
  - Bänninger Schäppi Franziska, lic. iur.
  - Brügger Felix, lic. iur.

- Buis Anja, lic. iur.
- Condamin-Voney Gertrud, lic. iur.
- Dall'O-Bernardini Pascale, Dr. iur.
- Ernst Jörg, lic. iur.
- Fraefel Thomas, Dr. iur.
- Gasser Birgit, lic. iur.
- Gasser Stefan, lic. iur.
- Glättli Elisabeth, Dr. iur.**
- Gräub Erich, lic. iur.
- Guggisberg Matthias, lic. iur.
- Häny Iris, lic. iur.
- Imhof Edgar, Dr. iur. et lic. theol.
- Jäggi Regina, lic. iur.**
- Kobel Barbara, lic. iur.
- Lamas Monica, lic. iur.
- Lienhard Stefanie, lic. iur.*
- Malnati Burkhardt Cristina, lic. iur.
- Maurer Reiter Edith, lic. iur.
- Meier-Wiesner Claudia, lic. iur.
- Randacher Madeleine, Dr. iur.
- Schetty Alain, lic. iur.
- Steck Yvonne, lic. iur.
- Stocker Werner, Dr. iur.
- Sturzenegger Ladina, lic. iur.*
- Tiefenbacher Sabine, lic. iur.
- Tischhauser Christoph, lic. iur.
- Vieli Corinne, lic. iur.
- Volz Melchior, lic. iur.
- Von Streng Kitty, Dr. iur.
- Werner Ulrike, lic. iur.
- Wilhelm Georg, lic. iur.

- **Administrative Kanzlei**
  - Bassi Jeanette
  - Beerli Monika
  - Dopp Ilse-Maria
  - Fritz-von Allmen Doris**
  - Hasler Sonja
  - Keller Jrene
  - Klauser Iris
  - Liggenstorfer Angelika
  - Pandzic Mirjana
  - Picone Monika
  - Schweizer Brigitte
  - Sprenger Erika
  - Theiler Brigitte
  - Véron Carbogno Agnes
  - Vetterli Maja

(*) Eintritt im Laufe des Berichtsjahres (ab Januar 2004)

(**) Austritt im Laufe des Berichtsjahres (bis Dezember 2004)

6. Sachliche Zuständigkeit

6.1 Zuständigkeit des Sozialversicherungsgerichts

Soweit das Bundesrecht vorschreibt, dass Beschwerden aus dem Gebiet des Sozialversicherungsrechts durch ein kantonales Versicherungsgericht beurteilt werden, ist hierfür das Sozialversicherungsgericht als einzige kantonale Gerichtsinstanz zuständig (vgl. §§ 2 und 4 des Gesetzes über das Sozialversicherungsgericht). Dies gilt insbesondere für Beschwerden nach Art. 56 des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG) in Verbindung mit den Bundesgesetzen über die

- Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG)
- Invalidenversicherung (IVG)
- Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (ELG)
- Krankenversicherung (KVG)
- Unfallversicherung (UVG)
- Militärversicherung (MVG)
- Erwerbsersatzordnung für Dienstleistende in Armee und Zivilschutz (EOG)
- Familienzulagen in der Landwirtschaft (FLG)
- obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzentschädigung (AVIG)

Im Weiteren ist das Sozialversicherungsgericht zuständig für:

- Klagen nach Art. 73 des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) einschliesslich die freiwillige Vorsorge der Personalvorsorgestiftungen gemäss Art. 89^{bis} Abs. 5 und 6 des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (ZGB) und Klagen nach Art. 142 ZGB in Verbindung mit Art. 25 a des Freizügigkeitsgesetzes (FZG) sowie nach Art. 25 FZG
- Klagen über Streitigkeiten aus Zusatzversicherungen zur sozialen Krankenversicherung nach Art. 47 Abs. 2 des Bundesgesetzes betreffend die Aufsicht über die privaten Versicherungseinrichtungen (VAG)
- Beschwerden betreffend Entschädigung und Genugtuung nach Art. 17 des Opferhilfegesetzes (OHG) sowie Beschwerden betreffend materielle Soforthilfe und Übernahme weiterer Kosten im Sinne von Art. 3 des Gesetzes

Gemäss § 3 des Gesetzes über das Sozialversicherungsgericht entscheidet dieses endgültig über folgende kantonalrechtliche Streitigkeiten:

- Beschwerden betreffend Beihilfen und Gemeindezuschüsse nach §§ 13 und 20 des Gesetzes über die Zusatzleistungen zur Eidgenössischen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung
- Beschwerden betreffend Kinderzulagen nach § 171 a des Gesetzes über die Förderung der Landwirtschaft
- Beschwerden nach § 27 des Gesetzes über Kinderzulagen für Arbeitnehmer
- Beschwerden gemäss Art. 65 KVG sowie gemäss §§ 28 und 29 EG KVG

6.2 Zuständigkeit des Schiedsgerichts

Das dem Sozialversicherungsgericht angegliederte Schiedsgericht beurteilt gemäss § 36 des Gesetzes über das Sozialversicherungsgericht als einzige kantonale Instanz Streitigkeiten nach Art. 89 des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung, Art. 57 des Bundesgesetzes über die Unfallversicherung, Art. 26 Abs. 4 des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung sowie Art. 27 des Bundesgesetzes über die Militärversicherung.

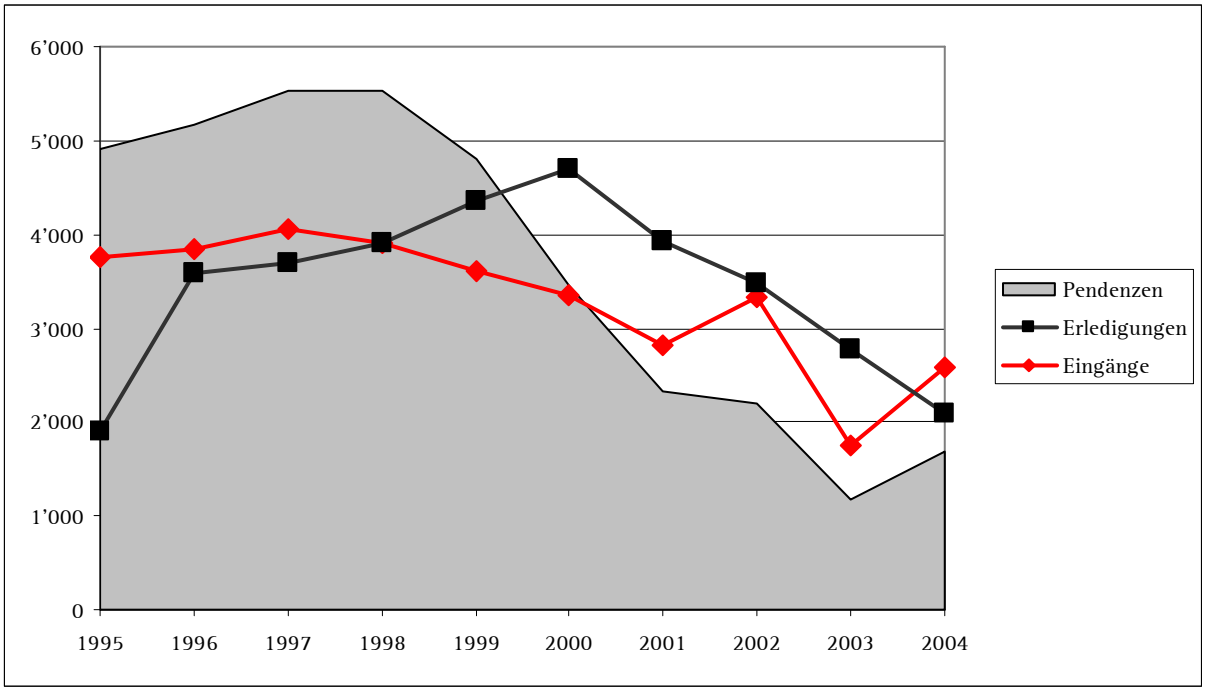
7. Statistische Übersichten

7.1 Sozialversicherungsgericht

- **Bestand und Erledigungen**

	Übertrag 2003	Eingänge	Erledigungen	Pendenzen
AHVG (Beschwerden)	118	134	165	87
AHVG (Klagen)	39	94	78	55
AVIG	164	616	470	310
BVG	115	182	172	125
EOG	0	1	1	0
IVG	394	966	684	676
KVG	84	158	143	99
MVG	2	4	4	2
OHG	7	15	18	4
UVG	224	337	277	284
Übrige*	34	78	72	40
2004	**1'181**	**2'585**	**2'084**	**1'682**
2003	2'197	1'751	2'767	1'181
Differenz in %		+ 47.6 %	- 24.7 %	+ 42.4 %

* gemäss § 3 des Gesetzes über das Sozialversicherungsgericht (kantonalrechtliche Streitigkeiten)

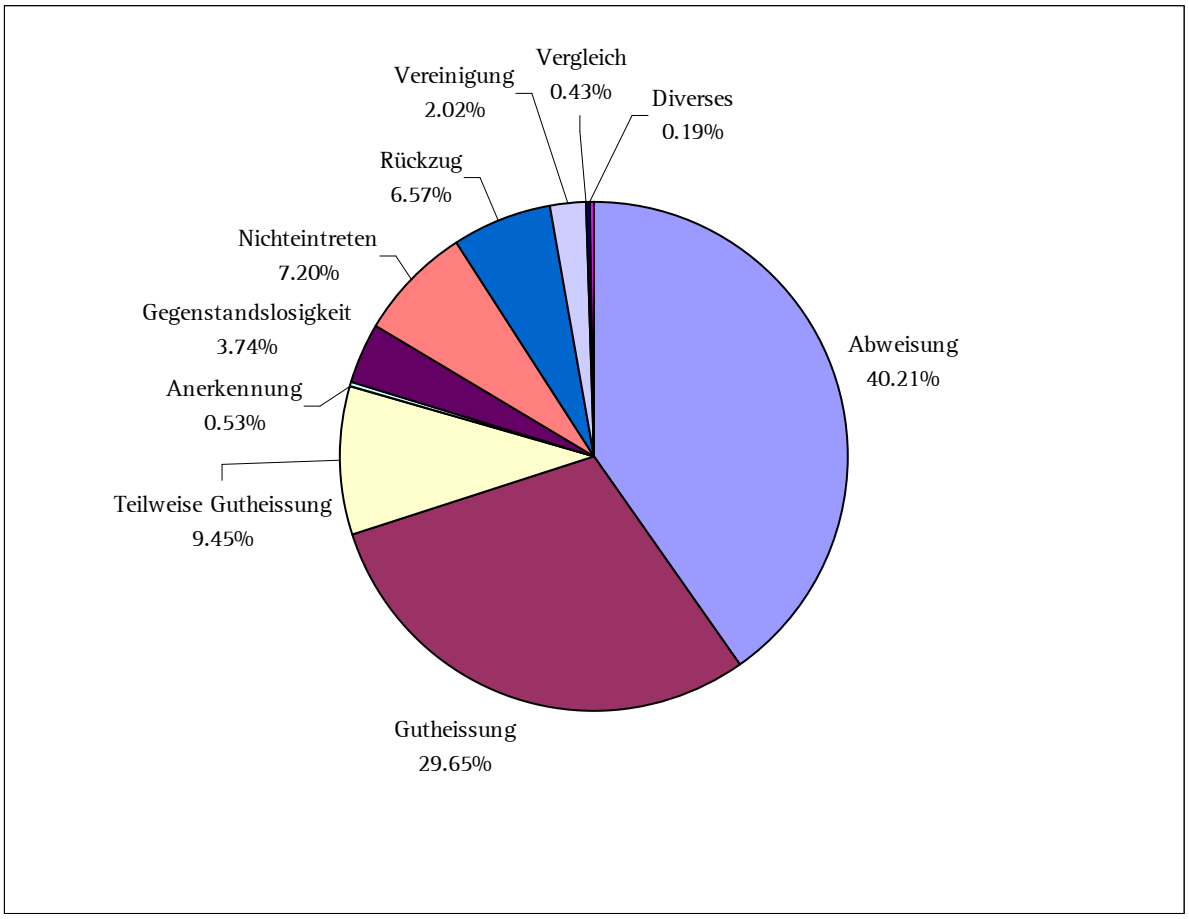


	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Eingänge	3'750	3'844	4'054	3'917	3'615	3'356	2'818	3'335	1'751	2'585
Erledigungen	1'892	3'588	3'697	3'904	4'352	4'704	3'935	3'473	2'767	2'084
Pendenzen	4'911	5'167	5'524	5'537	4'800	3'452	2'335	2'197	1'181	1'682

- **Erledigungsart**

	Abweisung	Gutheis-sung	Teilw. Gut-heissung	Anerken-nung	Gegen-standslos	Nicht-eintreten	Rückzug	Vereini-gung	Vergleich	Diverses	Total
AHVG (B)	51	46	17	1	6	19	22	1	1	1	165
AHVG (K)	17	19	11	2	3	7	2	17	0	0	78
AVIG	224	124	43	0	15	39	22	3	0	0	470
BVG	40	65	23	4	3	14	17	5	1	0	172
EOG	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	1
IVG	279	263	50	0	23	32	30	6	0	1	684
KVG	34	31	22	3	11	17	15	5	5	0	143
MVG	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0	4
OHG	14	2	2	0	1	0	1	0	0	0	18
UVG	150	53	22	1	7	15	21	5	2	1	277
Übrige*	27	13	7	0	10	6	8	0	0	1	72
2004	**838**	**618**	**197**	**11**	**78**	**150**	**137**	**42**	**9**	**4**	**2'084**
2003	1'151	696	266	10	147	197	249	40	9	2	2'767

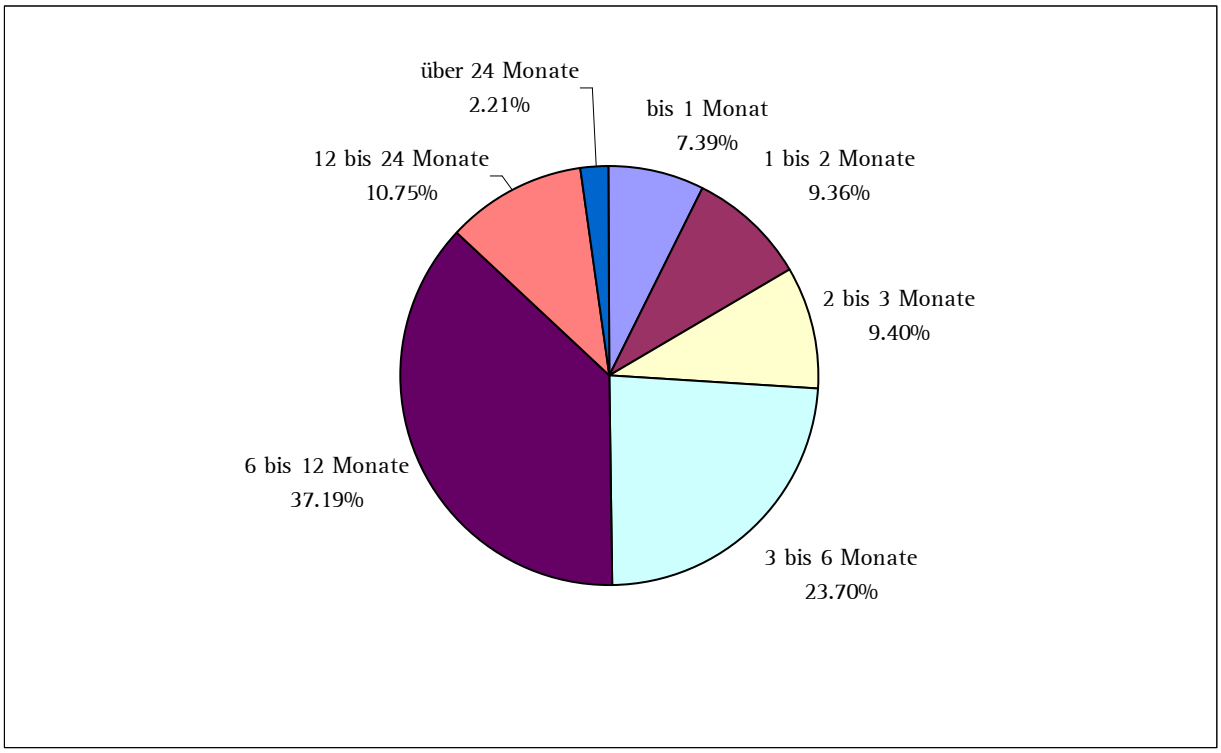
* gemäss § 3 des Gesetzes über das Sozialversicherungsgericht (kantonalrechtliche Streitigkeiten)



- **Verfahrensdauer (in Monaten)**

	bis 1 M.	1 bis 2 M.	2 bis 3 M.	3 bis 6 M.	6 bis 12 M.	12 bis 24 M.	über 24 M.	Total
AHVG (Beschwerden)	27	13	7	41	56	15	6	165
AHVG (Klagen)	18	10	6	11	21	9	3	78
AVIG	33	85	77	126	123	20	6	470
BVG	19	13	22	32	55	26	5	172
EOG	0	0	1	0	0	0	0	1
IVG	21	32	52	195	309	63	12	684
KVG	15	13	10	28	53	18	6	143
MVG	0	1	0	0	3	0	0	4
OHG	1	2	4	7	3	1	0	18
UVG	14	9	10	43	138	56	7	277
Übrige*	6	17	7	11	14	16	1	72
2004	**154**	**195**	**196**	**494**	**775**	**224**	**46**	**2'084**
2003	211	241	228	489	1'070	455	73	2'767

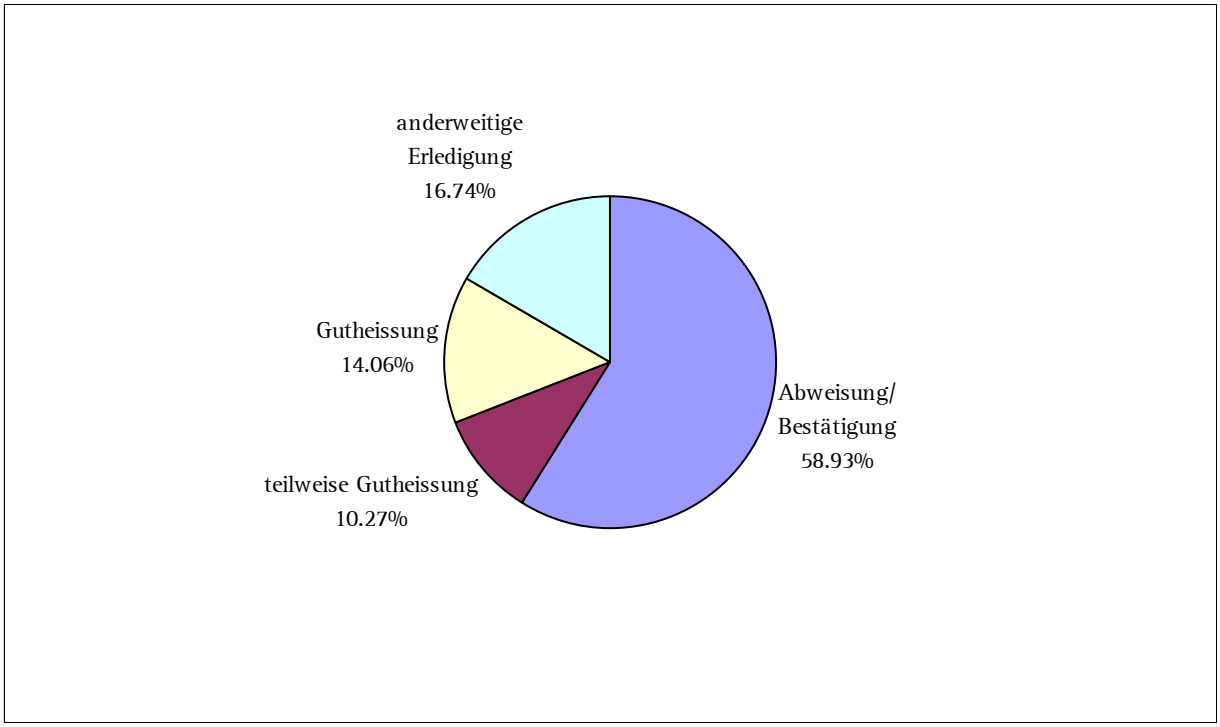
* gemäss § 3 des Gesetzes über das Sozialversicherungsgericht (kantonalrechtliche Streitigkeiten)



- **Vom Eidgenössischen Versicherungsgericht erledigte Prozesse**

	Abweisung Bestätigung	Teilweise Gutheissung	Gutheissung	anderweitige Erledigung	Total
AHVG (Beschwerden)	11	7	5	7	30
AHVG (Klagen)	18	2	2	8	30
AVIG	41	3	15	11	70
BVG	23	1	12	4	40
EOG	0	0	0	1	1
IVG	85	21	17	10	133
KVG	15	0	3	13	31
MVG	1	0	0	1	2
OHG*	0	0	1	0	1
UVG	59	11	8	16	94
Übrige**	11	1	0	4	16
2004	**264**	**46**	**63**	**75**	**448**
2003	341	43	74	110	568

* Vom Bundesgericht in Lausanne erledigte Prozesse
** gemäss § 3 des Gesetzes über das Sozialversicherungsgericht (kantonalrechtliche Streitigkeiten)



Vergleich „Umkehrquote“ EVG

- Gesamtschweizerisch 30.6 % (Vorjahr 28.8 %)
- Sozialversicherungsgericht ZH 24.3 % (Vorjahr 20.6 %)

7.2 Schiedsgericht in Sozialversicherungsstreitigkeiten

- **Bestand und Erledigungen**

	Übertrag 2002	Eingänge	Erledigungen	Pendenzen
2004	**19**	**12**	**11**	**20**
2003	14	15	10	19

- **Erledigungsart**

	Abweisung	Gutheissung	Teilweis Gut-heissung	Anerkennung	Gegenstands-losigkeit	Nichteintreten	Rückzug	Vereinigung	Vergleich	Diverses	Total
2004	**2**	**1**	**0**	**3**	**0**	**1**	**2**	**1**	**1**	**0**	**11**
2003	0	3	0	3	0	0	1	0	3	0	10

- **Verfahrensdauer in Monaten**

	bis 1 M.	1 bis 2 M.	2 bis 3 M.	3 bis 6 M.	6 bis 12 M.	12 bis 24 M.	über 24 M.	Total
2004	**1**	**0**	**0**	**3**	**3**	**3**	**1**	**11**
2003	0	0	0	3	2	1	4	10

Abkürzungen

AHVG	Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung
ATSG	Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts
AVIG	Bundesgesetz über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzentschädigung
BVG	Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge
ELG	Bundesgesetz über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung
EOG	Bundesgesetz über die Erwerbsersatzordnung für Dienstleistende in Armee und Zivilschutz
FLG	Bundesgesetz über die Familienzulagen in der Landwirtschaft
GSVGer	Gesetz über das Sozialversicherungsgericht
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
IVG	Bundesgesetz über die Invalidenversicherung
KVG	Bundesgesetz über die Krankenversicherung (ab 1.1.1996)
MVG	Bundesgesetz über die Militärversicherung
OHG	Bundesgesetz über die Hilfe an Opfern von Straftaten (Opferhilfegesetz)
UVG	Bundesgesetz über die Unfallversicherung
VAG	Bundesgesetz betreffend die Aufsicht über die privaten Versicherungseinrichtungen